



AKTUELLES

Daniel Keller – SPD-Fraktionsvorsitzender

Anita Kirsten

GdP: Herr Keller, vielen Dank, dass Sie sich die Zeit für ein Interview genommen haben, in diesem Zusammenhang ein kurzer Rückblick auf die Kommunal- und Europawahlen: Was lief bei der SPD nicht wie erwartet?

Daniel Keller: Ich glaube, die Wahlergebnisse kann man nicht schönreden. Wir sind schon enttäuscht, und auch unsere Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer sind über das Ergebnis enttäuscht. Es gibt jedoch auch einzelne Erfolge. In Potsdam konnte die SPD sich verbessern, auch in Cottbus. Dort gab es fast zwei Prozent Zuwachs. Das zeigt, dass wir dort, wo wir starke Persönlichkeiten haben, wie den SPD-Oberbürgermeister und starke Kandidaten, Zuwächse erzielen können. Im ländlichen Raum hat die AfD jedoch stark zugelegt. Hier müssen wir den Brandenburgerinnen und Brandenburgern wieder deutlich machen, wofür wir als SPD stehen.

GdP: Wie möchten Sie im ländlichen Raum Menschen zurückgewinnen?

Daniel Keller: Es geht weniger darum, ständig über andere zu reden, sondern ein klares Angebot als SPD zu machen und zu zeigen, dass wir die Lösungen für die Herausforderungen bieten. Dazu gehört eine funktionierende Verwaltung, sanierte Schulen, ausreichend Kitaplätze und einfach gestaltete Dienstleistungen, wie die schnelle Ummeldung von Fahrzeugen. Wir müssen mit unseren vielen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern Antworten finden und den Weg von der Entscheidung bis zur Umsetzung verkürzen. Das schaffen wir nur, indem wir über Bürokratieabbau sprechen.

Dann können wir zeigen, warum es sich lohnt, die SPD zu wählen.

GdP: Herr Keller, bevor wir zu den polizeilichen und innenpolitischen Themen kommen, eine Frage, die viele interessiert: Was hat Sie persönlich dazu bewegt, in die Politik zu gehen und warum haben Sie sich für die SPD entschieden?

Daniel Keller: Es waren mehrere Gründe, die mich zur Politik gebracht haben. Ein besonders prägendes Erlebnis war meine Herkunft und mein Umfeld. Ich bin im Plattenbau in Potsdam aufgewachsen und habe aus erster Hand erfahren, wie unterschiedlich die Chancen und Möglichkeiten von Kindern sein können, vor allem in Bezug auf gesellschaftliche Teilhabe und Bildung. Das hat in mir den Wunsch geweckt, mich für mehr Gerechtigkeit einzusetzen.

Als ich Anfang 20 war, entschied ich mich, politisch aktiv zu werden. Ich habe mich für die SPD entschieden, weil ich überzeugt bin, dass diese Partei die besten Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit bietet. Die SPD setzt sich für ein gutes Sozialsystem ein, das alle Menschen unabhängig von ihrem Einkommen unterstützt. Diese Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Menschen hat mich motiviert, mich zu engagieren und die Lebensqualität in Brandenburg zu verbessern.

GdP: Welche Themen liegen Ihnen besonders am Herzen?

Daniel Keller: Für mich ist es zentral, dass finanziell Bessergestellte mehr leisten



Fotos: Redaktion

sollten, während Einkommensschwächere mehr Unterstützung benötigen. Ein weiteres wichtiges Anliegen ist die Bildung. Ich kämpfe dafür, dass Bildung von der Kita bis zur Universität beitragsfrei wird, sodass jeder unabhängig von Wohnort und finanziellen Verhältnissen die gleichen Chancen hat, seine Bildungsbiografie zu gestalten. Leider sind wir davon noch ein gutes Stück entfernt.

GdP: Gab es ein Vorbild, das Sie in die Politik inspiriert hat? Wann haben Sie angefangen, politisch aktiv zu werden?

Daniel Keller: Ich bin 2008 in die Politik gegangen, in einer Zeit der Umbrüche und Weiterentwicklung. Mein erster Wahlkampf war 2009 für Frank-Walter Steinmeier, als



Landtagswahlen im Blick: GdP sucht den Dialog mit der Politik

er Bundeskanzler werden wollte. Seine Themenauswahl und politische Gelassenheit haben mich beeindruckt. Später, als ich für ihn als Bundestagsabgeordneter und Außenminister arbeitete, konnte ich ihn auch persönlich kennenlernen. Sein hoher Sachverstand und klare Standpunkte haben mich bestätigt, und ich freue mich, dass er heute ein ausgezeichnete Bundespräsident ist.

Es war eine meiner schönsten beruflichen Erfahrungen. Als Mitarbeiter konnte ich die Wahlkreisarbeit begleiten und ihn als Menschen kennenlernen. Sein Engagement und seine Haltung haben mich definitiv beeinflusst. Er ist nicht nur politisch, sondern auch menschlich ein großes Vorbild.

GdP: Herr Keller, wir stehen kurz vor den Landtagswahlen. Was sind Ihre politischen Ziele für die nächsten fünf Jahre? Wo möchten Sie hin?

Daniel Keller: In den letzten fünf Jahren haben wir trotz vieler Herausforderungen die Personalschlüssel in den Kitas verbessert und zusätzliche Lehrkräfte an über 900 Schulen gebracht. Wir haben die Schulsozialarbeit gestärkt und multiprofessionelle Teams an den Schulen geschaffen. Besonders stolz bin ich auf die 540 Millionen Euro, die wir in den nächsten zehn Jahren gezielt an Brennpunktschulen und Kiezschulen investieren, zur Hälfte vom Bund und zur Hälfte vom Land. Wir möchten weiterhin gezielt Unterstützung dort bieten, wo sie am meisten gebraucht wird, insbesondere in Grundschulen und Gesamtschulen, um Chancengleichheit zu schaffen und allen Kindern und Jugendlichen die bestmögliche Bildung zu ermöglichen.

Ein weiteres zentrales Thema ist die Wirtschaftsentwicklung. Seit den Umbrüchen von 1990 hat sich Brandenburg stark

verändert. Von einer Arbeitslosenquote von 20 bis 30 Prozent sind wir heute bei 6,3 Prozent. Wir haben so viele Menschen in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen wie nie zuvor. Das ist vor allem ein Erfolg von Brandenburgerinnen und Brandenburgern. Aber die SPD-geführte Landesregierung hat auch die richtigen Weichen gestellt. Wir haben wichtige Schlüsseltechnologien angesiedelt und müssen diesen Weg weitergehen, um gut bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen, von denen die Menschen in Brandenburg besser leben können.

GdP: Was sind Ihre Pläne für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?

Daniel Keller: Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist das Thema unserer Zeit. Wir müssen für Sicherheit, Ordnung und Stabilität sorgen, und dabei spielt die Polizei eine große Rolle. Deshalb müssen wir die Polizei in den nächsten Jahren weiter ausbauen und unterstützen. Gleichzeitig wollen wir die Akzeptanz von Polizei, Feuerwehr, Hilfskräften und der Verwaltung in der Bevölkerung fördern.

GdP: Wie wollen Sie den Zusammenhalt konkret stärken?

Daniel Keller: Neben der Stärkung der Demokratiebildung in Schulen und Kitas müssen wir alle gesellschaftlichen Akteure einbeziehen, vom Sportverein bis zu den Gewerkschaften. Zusammenhalt ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die wir nur gemeinsam bewältigen können.

Politische Neutralität bedeutet für mich nicht, dass man sich nicht für Demokratie und für unsere Institutionen aussprechen kann. In Brandenburg engagieren sich über 800.000 Menschen ehrenamtlich neben

ihren regulären Arbeitsstunden. Sie setzen sich in Kultur-, Sport-, Musikvereinen und Gewerkschaften für die Gesellschaft ein. Das ist etwas, worauf wir stolz sein können, und wir müssen sehen, wie wir dieses Engagement weiter stärken können.

GdP: Die IGBCE hat kürzlich einen Tarifabschluss erreicht, der unter anderem einen Tag Sonderurlaub für Gewerkschaftsmitglieder beinhaltet. Wie können wir das Ehrenamt und die Gewerkschaftsarbeit weiter fördern?

Daniel Keller: Starke Gewerkschaften brauchen starke Ehrenamtler. Es ist wichtig, dass wir Ehrenamtliche unterstützen und ihnen keine Steine in den Weg legen. Wenn die Gesellschaft sich eher als „Ich“ statt als „Wir“ formiert, wird es schwieriger. Deshalb müssen wir das Ehrenamt stärken, da es untrennbar mit gesellschaftlichem Zusammenhalt verbunden ist.

GdP: Sie sehen die innere Sicherheit als einen wichtigen Schwerpunkt. Wie stellen Sie sich die Zukunft der Brandenburger Polizei vor? Was bedeutet für Sie eine moderne Polizei?

Daniel Keller: Eine moderne Polizei muss Polizistinnen und Polizisten alles an die Hand geben, um die Herausforderungen, insbesondere bei der Kriminalitätsbekämpfung, bewältigen zu können. Neue gesellschaftliche Entwicklungen, vor allem im Bereich der Digitalisierung und der Kriminalität im Internet, erfordern eine bessere Ausstattung und Vorbereitung unserer Polizei.

GdP: Welche speziellen Herausforderungen sehen Sie in Bezug auf die Digi-

DP – Deutsche Polizei
Brandenburg

Geschäftsstelle
Großbeerenstraße 185, 14482 Potsdam
Telefon (0331) 74732-0
Telefax (0331) 74732-99
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Cornelia Zernicke (V.i.S.d.P.)
Großbeerenstraße 185, 14482 Potsdam
Telefon (0331) 86620-40
Telefax (0331) 86620-46
PHPRMI@AOL.com



Landtagswahlen im Blick: GdP sucht den Dialog mit der Politik

talisierung und Kriminalitätsbekämpfung im Internet?

Daniel Keller: Wir müssen uns auf virtuelle Räume wie Chatgruppen einstellen, wo Straftaten begangen oder geplant werden. Es ist wichtig, dass wir gesetzgebend und technisch unsere Polizeibeamtinnen und -beamten so ausstatten, dass sie diese Herausforderungen bewältigen können. Wir dürfen keine rechtsfreien Räume gestatten und müssen sicherstellen, dass die Polizei Straftaten effektiv aufklären und vor Gericht bringen kann.

GdP: Welche Maßnahmen sind nötig, um diese Herausforderungen zu bewältigen?

Daniel Keller: Es gibt zwei Hauptpunkte: Wir müssen die technische Ausstattung unserer Polizei verbessern und die gesetzlichen Rahmenbedingungen anpassen, damit Polizisten an notwendige Daten und Informationen gelangen können. Beide Aspekte müssen wir zügig angehen und verbessern, um das Vertrauen unserer Polizeibeamten zu erhalten und die Sicherheit zu erhöhen.

GdP: Herr Keller, in Ihrem Wahlprogramm steht, dass die SPD die Polizei in der Fläche sichtbarer und wahrnehmbarer machen möchte. Wie wollen Sie das gewährleisten?

Daniel Keller: Ein zentraler Ansatz ist die Stärkung der Revierpolizistinnen und Revierpolizisten. Diese Maßnahme hat sich als sehr erfolgreich erwiesen und entspricht der Tradition in Brandenburg, dass vor Ort Ansprechpartner für Sicherheitsfragen präsent sind. Das ist für uns ein großes Anliegen.

GdP: Sie betonen weiterhin die Bedeutung der Prävention. Was sind Ihre konkreten Vorstellungen in diesem Bereich?

Daniel Keller: Prävention ist entscheidend, und hier brauchen wir die Polizei, um Straftaten zu verhindern. Wir müssen die Brandenburgerinnen und Bran-

zusätzliche Hundertschaft schaffen wollen, um spezielle Lagen zu bewältigen und die Bereitschaftspolizei zu stärken und damit auch die Kolleginnen und Kollegen in der Prävention ihrer eigentlichen Aufgabe nachkommen können.

GdP: Sie erwähnten eine zusätzliche Hundertschaft. Bezieht sich das auf eine grenzpolizeiliche Unterstützung oder auf die Stärkung der Bereitschaftspolizei?

Daniel Keller: Unsere Position unterscheidet sich klar von anderen Parteien. Die CDU möchte, dass die Brandenburger Polizistinnen und Polizisten dauerhaft den Grenzschutz übernehmen. Das lehnen wir ab. Wir sind ein föderaler Staat, und der Grenzschutz ist Aufgabe des Bundes. Eine Pseudolandesgrenzpolizei würde die Arbeitsfähigkeit unserer Landespolizei beeinträchtigen und unsere Brandenburger Polizistinnen und Polizisten rechtlich in eine unmögliche Situation bringen. Die zusätzliche Hundertschaft soll besondere Lagen wie Demonstrationen oder Terrorlagen managen und nicht den Grenzschutz übernehmen. Der Bund muss seiner Aufgabe besser nachkommen als in der Vergangenheit.

GdP: Wo sehen Sie den Hauptschwerpunkt bei Investitionen in die Polizei, um sie moderner und effizienter zu machen?

Daniel Keller: Der erste wichtige Punkt ist die Ausrüstung der Polizei. Als jemand, der Geschwister bei der Bundeswehr hat, möchte ich die Gewissheit haben, dass unsere Polizei gut ausgestattet ist. Unsere Polizistinnen und Polizisten setzen ihre Gesundheit



denburger befähigen, Straftaten zu erkennen und sich besser zu schützen, etwa vor Einbrüchen. Es darf nicht sein, dass bei besonderen Lagen die Prävention als Erstes gekürzt wird oder diese Kräfte permanent als Lückenfüller genutzt werden. Das ist nicht akzeptabel. Deshalb steht in unserem Wahlprogramm, dass wir neben der Erhöhung der Polizeistellen auf 9.000 auch eine



Landtagswahlen im Blick: GdP sucht den Dialog mit der Politik

aufs Spiel, um uns zu schützen. Daher ist es nicht akzeptabel, wenn sie nicht die bestmögliche Ausstattung haben. Wir müssen sicherstellen, dass unsere Polizei im Land Brandenburg optimal ausgerüstet ist, um ihren Dienst effektiv leisten zu können und gesund nach Hause kommen.

GdP: Herr Keller, die Digitalisierung ist ein entscheidendes Thema für die Zukunft. Wie wichtig ist die digitale Ausstattung der Polizeiwachen und der Beamtinnen und Beamten für die SPD?

Daniel Keller: Digitalisierung bedeutet für uns natürlich auch Fortschritt, Effektivität und damit auch schnelleres Agieren im Einsatz und bei Ermittlungen. In einer modernen Arbeitswelt ist eine digitale Struktur nicht mehr wegzudenken. Neben der grundsätzlichen Verbesserung der Infrastruktur gilt es jedoch, auch die Gebäude schneller zu sanieren. Hier gibt es weiterhin großen Nachholbedarf. Es ist nicht akzeptabel, dass teilweise noch Arbeitsbedingungen wie vor 30 Jahren herrschen. Zwar haben wir schon Fortschritte gemacht und Investitionsprogramme auf den Weg gebracht, aber wir müssen schneller werden, diese auch umzusetzen. Unsere Landesbauplanung und der BLB müssen effizienter und kundenorientierter arbeiten, und deshalb haben wir hier personell aufgestockt, um zügig Bauprojekte abzuschließen.

GdP: Wie steht es mit der Krisenfestigkeit und der Unabhängigkeit von Energieressourcen der Polizei und Rettungskräfte, insbesondere mit Blick auf den andauernden Krieg in der Ukraine?

Daniel Keller: Krisensicherheit spielt eine sehr große Rolle. In den letzten 20, 30 Jahren haben wir darauf vertraut, dass wir weniger Einsatzlagen haben, was Terror und andere Bedrohungen angeht. Einige Kompetenzen sind dabei vielleicht verloren gegangen. Jetzt müssen wir sicherstellen, dass unsere Katastrophen- und Rettungsdienste sowie die Polizei in der Krise effektiv kommunizieren und handeln können. Unsere Ordnungskräfte müssen resilienter und unabhängiger werden, zum Beispiel bei Stromausfällen.

Nach dem Kriegsbeginn in der Ukraine gab es Abfragen, wie unsere Polizei und Feuerwehr bei Stromausfällen an Benzin für ihre Fahrzeuge kommen. Es stellte sich heraus, dass viele Tankstellen auf Strom angewiesen sind, um Benzin zu fördern, und wir hatten wenig Lagerkapazitäten. Hier besteht weiterhin dringender Handlungsbedarf. Mit dem Brandenburg-Paket von 1,6 Milliarden Euro investieren wir große Teile in die Polizei und Hilfsorganisationen, um diese resilienten Strukturen aufzubauen. Wir sind auf einem guten Weg.

GdP: Wie stellen Sie sicher, dass diese Maßnahmen langfristig Bestand haben?

Daniel Keller: Es darf nicht nach ein oder zwei Jahren abgeschlossen sein. Es muss eine Daueraufgabe werden, bei jeder Investition im Land resiliente Strukturen mitzudenken und zu planen. Das ist eine fortlaufende Aufgabe, die auch entsprechende Kosten mit sich bringt.

Es ist unsere Aufgabe in der Politik, klar zu vermitteln, dass die finanziellen Ressourcen für die innere Sicherheit auch langfristig zur Verfügung gestellt werden müssen. Auch wenn der Ukraine-Krieg vielleicht nicht mehr so präsent ist, müssen wir sicherstellen, dass die Prioritäten weiterhin gesetzt werden. Das müssen wir auch unseren Bürgerinnen und Bürgern deutlich machen.

GdP: Sie hatten vorhin angemerkt, dass die SPD die Zielzahl von 8.500 Polizeibeamten auf 9.000 Stellen erhöhen möchte. Wie genau soll das erreicht werden?

Daniel Keller: Wir hatten vor 20 Jahren noch 10.000 Polizistinnen und Polizisten, diese Zahl wurde sukzessive abgebaut, während die Aufgaben und deren Quantität zugenommen haben. Unser Ziel ist es, perspektivisch 9.000 Kolleginnen und Kollegen bei der Brandenburger Polizei zu haben. Die Polizistinnen und Polizisten selbst sind die besten Multiplikatoren, wenn sie mit Zufriedenheit aus dem Dienst nach Hause gehen und positiv über ihren Job sprechen. Sind sie permanent an ihrer Überlastungsgrenze, wird es immer schwerer, Nachwuchs

zu gewinnen. Hier geht es nicht nur um die Bezahlung, sondern vor allem um die Arbeitsbedingungen.

Ein wichtiger Aspekt ist die Infrastruktur. Zum Beispiel hatten wir vor Kurzem das Richtfest des Anwärterwohnheims in Oranienburg, um sicherzustellen, dass Anwärterinnen und Anwärter Wohnraum finden. Bis zu 400 Anwärterinnen und Anwärter werden dort wohnen können. Zudem müssen wir die Ausbildungskapazitäten in Oranienburg erhöhen und mehr an der Polizeihochschule ausbilden, um den Personalkörper zu verstärken.

Wir müssen mit großen Klassen starten, damit am Ende ausreichend Polizistinnen und Polizisten aus der Ausbildung nachkommen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist jedoch auch die kontinuierliche Weiterqualifizierung unserer Polizistinnen und Polizisten. Dies trägt erheblich zur Zufriedenheit und Effizienz bei. Dafür braucht es Strukturen, Kapazitäten und Möglichkeiten.

GdP: Herr Keller, wie geht die SPD Brandenburg das Thema Fachkräftemangel an, insbesondere in der Polizei?

Daniel Keller: Fachkräftemangel ist ein großes Thema, das uns alle betrifft. Wir müssen auf verschiedenen Ebenen ansetzen: Starke Gewerkschaften sind wichtig, aber auch die Gesellschaft muss akzeptieren, dass Polizist kein gewöhnlicher Beruf ist, sondern dass die Frauen und Männer bei der Polizei eine besondere Verantwortung tragen. Wir müssen bereits in den Schulen dafür werben und klarmachen, dass dieser Beruf besondere körperliche Fitness erfordert. Das hat mit Ernährung und mehr Sport zu tun, und da müssen wir dringend ansetzen.

Die Polizei kann diese gesellschaftlichen Trends in der Ausbildung nicht alles nachholen. Wir brauchen bessere Grundlagen in der Schule und sogar schon in der Kita. Als ehemaliger Judo-Trainer sehe ich, wie wichtig körperliche Fitness ist, und da müssen wir besser werden, um die Ausgangslage vor der Ausbildung zu verbessern.

GdP: Was sind Ihre Gedanken zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen, insbesondere dem Polizeigesetz?



Daniel Keller: In dieser Legislaturperiode war im Koalitionsvertrag vereinbart, das Polizeigesetz nicht anzutasten. Ich halte das für einen großen Fehler, weil sich in vier Jahren viel ändern kann. Es gibt neue Kriminalitätsphänomene, auf die wir reagieren müssen. Wir dürfen die Polizeibeamten nicht im Stich lassen und brauchen gegebenenfalls gesetzliche Anpassungen.

GdP: Wie steht die SPD zur Cannabislegalisierung und deren Auswirkungen auf Polizei und Justiz?

Daniel Keller: Ich möchte nicht bewerten, ob die Legalisierung gut oder schlecht ist, aber die aktuelle Regelung stellt Polizei und Justiz vor große Herausforderungen. Wir müssen uns mehr Zeit nehmen, um mit den Behörden zu besprechen, wie die Umsetzung aussehen soll. Die jetzige Regelung lässt die ausführenden Kräfte im Stich und ist inakzeptabel.

GdP: Wie wichtig ist die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften für Sie und welche Erwartungen haben Sie an diese Zusammenarbeit?

Daniel Keller: Die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften ist grundlegend für Demokratie und Mitbestimmung. Gewerkschaften geben den Polizisten eine Stimme und helfen uns, die Stimmung in der Polizei wahrzunehmen und klare Anforderungen zu bekommen. Der kritische Austausch, auch wenn man sich mal streitet, ist essenziell, um die Polizei und den Beruf für unsere Beamten zu verbessern. Ich freue mich über jeden Austausch und bin dankbar für den ständigen Dialog.

Vielen Dank für das Gespräch, Herr Keller.

JUBILÄUM

Landespolizei-Orchester Brandenburg: 30 Jahre Freundeskreis – 30 Jahre Ehrenamt

Michaela Simm/Silvia Zander



Foto: LPO

Das Landespolizei-Orchester Brandenburg (LPO) reist mit musikalischem Auftrag quer durch das Land Brandenburg und sorgt bei verschiedenen Veranstaltungen für die passende musikalische Umrahmung. Die Genres sind dabei vielfältig und es gibt bei den Konzerten nicht nur Blasmusik auf die Ohren – für jede*n ist etwas dabei.

Die Berufsmusiker*innen des LPO absolvieren zusammen mit der Präventionsabteilung der Polizei viele Schülerkonzerte in Grundschulen und sorgen u. a. auch bei der Verabschiedung der Absolvent*innen und Begrüßung der neuen Anwärter*innen der Hochschule der Polizei in Oranienburg für ordentlich Stimmung.

Auch die regelmäßigen Konzerte des LPO im Nikolaisaal erfreuen sich stets großer Beliebtheit. Als Veranstalter dieser Konzerte ist der Freundeskreis des LPO seit vielen Jahren eine „feste Bank“ an der Seite des Orchesters. Der ehrenamtlich tätige Vorstand des Freundeskreises steht dabei in engem Austausch mit dem Orchesterleiter Christian Köhler. Der Freundeskreis finanziert diese Konzerte allein durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und dem Kartenverkauf. Umso wichtiger ist ein „volles Haus“.

In diesem Jahr feiert der Freundeskreis sein 30-jähriges Bestehen. Zu diesem Anlass darf ein Konzert mit dem LPO natürlich nicht fehlen. Am 15. September 2024 findet

um 11 Uhr die große Jubiläumsgala im Nikolaisaal Potsdam mit Katharine Mehrling als Special Guest statt.

Mehrling ist auf vielen großen Bühnen zu Hause. Für ihre Piaf- und Brecht/Weil-Interpretationen wird die Sängerin und Schauspielerin international und auf Berliner Bühnen, wie der Komischen Oper, dem Berliner Ensemble oder dem Konzerthaus, gefeiert. Siebenmal wurde sie bereits mit dem Publikumspreis „Goldener Vorhang“ als beliebteste Schauspielerin Berlins ausgezeichnet. Auch international gibt sie Konzerte: London, Paris, New York oder beim Edinburgh International Festival sind dabei einige Stationen. Regelmäßig zu Gast ist Frau Mehrling mit ihren Soloshows in der „Bar jeder Vernunft“.

Auf dem Programm des Jubiläumskonzertes stehen im ersten Teil neben festlichen und poppigen Werken zusammen mit Katharine Mehrling, Songs und Chansons von Marlene Dietrich, Werner Richard Heymann, Édith Piaf, Jerry Herman u. v. a.

Informationen zum Freundeskreis des LPO, den Konzerten im Nikolaisaal und Tickets gibt es unter: freundeskreis-lpo-bb.de. Wir freuen uns auf Ihr/Euer Kommen! Ticket-hotline: (0331) 2888828. Es gibt 50 % Ermäßigung für Schüler*Innen und Studierende bis 26 Jahre. ■



Landtagswahlen im Blick: GdP sucht den Dialog mit der Politik

AKTUELLES

Sebastian Walter – Fraktionsvorsitzender Die Linke

Anita Kirsten

Gewerkschaft der Polizei (GdP): Danke, dass wir uns zu einem gemeinsamen Gespräch treffen können, Sebastian, Du bist schon eine Weile aktiv in der Politik unterwegs, was ist Deine persönliche und politische Motivation? Was treibt Dich an und warum bist Du politisch aktiv?

Sebastian Walter: Der Auslöser für mein politisches Engagement war der Irakkrieg 2003. Damals war ich 13 Jahre alt und durch die Erfahrungen meiner Familie, besonders meiner Großmutter, die die Bombardierung Dresdens miterlebte, und meines Vaters, der 1944 geboren wurde, wurde mir klar, dass Frieden der wichtigste Wert ist. Kriege sind grundsätzlich falsch, und in dieser Überzeugung bin ich aufgewachsen.

Was mich jedoch antreibt, ist die Frage nach Gerechtigkeit. Ist dieses Land gerecht? Diese Frage bewegt mich ständig. Es ist doch absolut absurd, dass während immer mehr Menschen nicht mehr wissen, wie sie ihren Wocheneinkauf bezahlen sollen, die fünf reichsten Menschen in Deutschland ihr Vermögen in zwei Jahren verdreifachen konnten. Warum schaffen wir es nicht, dass Menschen nach 40 oder 45 Jahren harter Arbeit von ihrer Rente leben und nicht nur überleben können? Und warum überhaupt braucht Politik immer gefühlte Ewigkeiten, um etwas zu ändern? Seit ich vor zwei Jahren Vater geworden bin, hat sich meine Sicht auf die Welt noch mal sehr stark verändert. Wenn ich als Landtagsabgeordneter fünf verschiedene Schnuller kaufe und dafür 30 Euro ausbebe, um den richtigen für meinen Sohn zu finden, oder neue Schuhe kaufe, weil die alten zu klein sind, dann kann ich mir das leisten. Aber viele andere können das nicht. In meiner Bürger-

sprechstunde treffe ich oft Alleinerziehende und Familien, die berichten, dass Kinder ein Armutsrisiko geworden sind. Das finde ich ungerecht.

Viele Dinge sind heutzutage nicht mehr selbstverständlich. Eine gute Ausbildung, ein Studium, ein gerechter Lohn, eine Familie gründen, ein Haus bauen und eine gute Rente – das alles sollte selbstverständlich sein. Im Landtag diskutieren wir oft über Dinge, die mit der Realität der Menschen wenig zu tun haben. Ich will, dass die Themen, die auf der Straße, am Stammtisch oder bei Familienfeiern wichtig sind, auch im Parlament eine Rolle spielen und wir Lösungen finden.

GdP: Als frischgebackener Vater – wie vereinbarst Du die langen Sitzungstage im Landtag mit dem Familienleben? Ist Politik familienfreundlich?

Sebastian Walter: Nach fünf Jahren Berufspolitik frage ich mich oft, ob das erstrebenswert ist. Man steht unter immensem Druck und ist ständig in der Öffentlichkeit. Das ist kein Selbstmitleid, versteht mich nicht falsch. Es ist eine bewusste Entscheidung, ich mache es sehr gern, weil ich doch etwas bewegen kann. Aber man muss sich auch Zeit nehmen, das tue ich. Ich weiß aber eben auch, dass das viele nicht können, weil sie in Schichten arbeiten oder sogar zwei Jobs haben, um über die Runden zu kommen. Da finde ich schon, dass man die Frage stellen kann: Wie viel hat das Leben eines Politikers etwas mit dem „normalen Leben“ zu tun?

GdP: Spürst Du den Unmut der Gesellschaft gegenüber Politikern stärker als früher? Wie nimmst Du diesen Druck

wahr und wie können wir die Gesellschaft wieder zusammenbringen?

Sebastian Walter: Bedrohungen betreffen mich weniger, vielleicht, weil ich als großer Mann weniger gefährdet bin. Doch die Situation hat sich verschärft. Drohungen per E-Mail lösche ich, aber wenn Adressen und Tagesabläufe meiner Familie bekannt gegeben werden, ist eine Grenze überschritten. Die Wut der Menschen resultiert oft aus dem Gefühl der Abgehobenheit und Arroganz der Politik. Es ist verständlich, dass die Leute frustriert sind, aber Gewalt und Bedrohungen sind inakzeptabel. Egal, ob es Politiker der Rechten oder Linken betrifft – Angriffe auf Politiker sind Angriffe auf die Demokratie. Der Schutz der Politiker ist notwendig, auch wenn ich keinen Polizeischutz im Wahlkampf möchte. Wir leben in einer Demokratie und trotz ihrer Mängel müssen wir signalisieren, dass Gewalt nicht toleriert wird. Was unserer Gesellschaft fehlt, ist die Fähigkeit, unterschiedliche Perspektiven wahrzunehmen.

GdP: Sebastian, wie steht es um die innere Sicherheit in Brandenburg? Welche Herausforderungen siehst Du für die Polizei in Brandenburg?

Sebastian Walter: Ich bin der festen Überzeugung, dass soziale und öffentliche Sicherheit zusammengehören. Grundsätzlich muss das Land sicher sein, damit sich die Menschen sicher fühlen. Wir müssen jedoch unsere Krisenfestigkeit angesichts globaler Herausforderungen weiter stärken. Ich spreche hier nicht von Aufrüstung, sondern von Schutz bei Umweltkatastrophen und Ähnlichem.



Landtagswahlen im Blick: GdP sucht den Dialog mit der Politik

Ein großes Problem sehe ich im respektlosen Umgang mit der Polizei. Natürlich freue ich mich nicht über jede Polizeikontrolle, aber ein Perspektivwechsel ist wichtig. Die Kampagne „auch Mensch“ ist daher sehr bedeutend. In jeder Uniform steckt ein Mensch, der respektvoll behandelt werden sollte. Klar gibt es Polizisten, die ich sympathischer finde und mit denen ich befreundet bin, und andere, mit denen ich vielleicht kein Bier trinken würde. Das ist normal, nicht jeder Polizist würde auch mit mir eines trinken. Es geht einfach darum, dass endlich alle akzeptieren, dass Polizisten eine verdammte wichtige Arbeit machen und dafür aus meiner Sicht immer noch nicht die richtige Anerkennung bekommen, die sie verdienen.

Als Linke haben wir viele Polizistinnen und Polizisten, die sich zu uns bekennen und Parteimitglieder sind. Davon profitieren auch wir, weil wir dann eben auch mit den Praktikern reden und wir andere Perspektiven einnehmen und verstehen können.

GdP: Was ist Deiner Meinung nach hier die Aufgabe der Politik?

Sebastian Walter: Die Politik muss sicherstellen, dass sich Bürger in Not jederzeit auf die Schnelligkeit und Erreichbarkeit der Polizei verlassen können. Es darf nicht sein, dass jemand 20 Minuten in der Warteschleife hängt, besonders in lebensbedrohlichen Situationen. Die Polizei trägt das Gewaltmonopol und ist für unsere Sicherheit verantwortlich – das ist nicht die Aufgabe privater Sicherheitsdienste oder kommunaler Ordnungsdienste. Daher muss die Polizei gut ausgebildet und ausgerüstet sein. Angriffe auf Polizisten sind absolut inakzeptabel. Hier wünsche ich mir manchmal auch innerhalb meiner Partei einen Perspektivwechsel.

GdP: Wie siehst Du die Kriminalitätsentwicklung und die aktuellen Maßnahmen dagegen?

Sebastian Walter: Kriminalität hat viel mit sozialer Unsicherheit zu tun. Wenn wir Kriminalitätsstatistiken sehen, in denen Ladendiebstähle massiv zunehmen, dann wissen wir, dass dahinter größere Prob-



Foto: Redaktion

leme stecken. Wir müssen weg vom Populismus und einfachen Antworten. Grenzkontrollen und die Forderung nach mehr Hundertschaften sind keine nachhaltigen Lösungen. Wir müssen erst die bestehenden Stellen besetzen. Und selbst dann kann und soll nicht an jeder Ecke ein Polizist stehen. Wir können nicht ständig erwarten, dass die Polizei immer wieder der Prellbock für schlechte Politik ist, das ist sie ja leider oft. Wir müssen uns als Gesellschaft als Ganzes wieder mehr darauf besinnen, aufeinander zu achten. Dann wäre schon viel gewonnen und das Land auch sicherer.

GdP: Stichwort Attraktivität: Wie siehst Du die Bezahlung und Arbeitsbedingungen der Polizisten?

Sebastian Walter: Es ist wichtig, dass Polizistinnen und Polizisten verfassungskonform bezahlt werden. Die Polizei muss sich auf die Politik verlassen können. Aber gute Bezahlung schützt nicht vor Angriffen. Wir brauchen ein anderes gesellschaftliches Verständnis und sollten die öffentliche Sicherheit nicht für Wahlkämpfe missbrauchen. Eine gut ausgebildete und ausgerüstete Polizei ist essenziell, und es ist

besorgniserregend, wenn Beamte sich Sorgen machen müssen, ob sie ihre Rechnungen bezahlen können.

GdP: Wie steht die Linke zur Verbesserung der Befugnisse und Gesetze der Polizei?

Sebastian Walter: Bei Themen wie Quellen-Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) bin ich sehr vorsichtig. Ich habe aber auch schon Diskussionen mit Praktikern geführt, die mir erklärten, dass Kriminelle oft ganz andere Möglichkeiten und Fähigkeiten haben als der Staat. Das bringt uns in ein Spannungsfeld, in dem wir sehr aufpassen müssen. Grundsätzlich bin ich aber solidarisch und konstruktiv gegenüber der Polizei, denn ihr macht Euren Job und wir verlassen uns auf Euch. Die Polizei muss sich auch auf die Politik verlassen können, was nicht immer der Fall ist. Besonders stören mich politische Debatten, die gern von rechts geführt werden und einfach nur nach mehr Polizei rufen. Ich glaube, wir können gewisse Kriminalitäts- und Sicherheitsfragen auch durch sozialen Zusammenhalt und mehr soziale Sicherheit lösen. Trotzdem wird es immer Verbrecher geben.



Landtagswahlen im Blick: GdP sucht den Dialog mit der Politik

GdP: Wie stehst Du zu der Forderung, das Polizeigesetz zu novellieren?

Sebastian Walter: Das Polizeigesetz ist momentan sehr kompliziert, mit vielen Ausnahmen und Verordnungen. Ich stimme zu, dass wir das Gesetz verbessern müssen, besonders im Hinblick auf die digitale Welt. Kriminelle nutzen moderne Technologien, und wir müssen sicherstellen, dass die Polizei auch in der virtuellen Welt effektiv arbeiten kann.

GdP: Bei Großeinsätzen, wie erlebst Du die Situation der Polizei vor Ort?

Sebastian Walter: Jahrelang habe ich oft als Versammlungsleiter agiert und durchweg positive Erfahrungen gemacht in Brandenburg. Ich bin oft als parlamentarischer Beobachter bei Großeinsätzen dabei, nicht um zu kontrollieren, sondern um die Situation besser zu verstehen. Bei der Tesla-Demo habe ich zum Beispiel viel mit Polizisten gesprochen. Mir ist aufgefallen, dass oft nicht für ordentliche Verpflegung oder Ruhezeiten gesorgt wird. So kann das nicht funktionieren.

GdP: Wie sähe für Dich eine moderne Polizeiarbeit aus?

Sebastian Walter: Die menschliche Polizei ist entscheidend. Sie sollte sowohl als Helfer vor Ort präsent sein als auch sichtbar Sicherheit gewährleisten, ohne bedrohlich zu wirken. Sichtbare Präsenz im öffentlichen Raum schafft Sicherheit und stellt sicher, dass die Polizei ansprechbar ist. Aber wenn ihr eine höhere Verantwortung habt, müsst ihr auch die nötigen technischen Mittel erhalten, um effektiv reagieren zu können.

Eine moderne Polizei benötigt nicht nur bessere Ausrüstung, sondern auch eine Anpassung an die veränderten Aufgaben von heute. Wir brauchen moderne Ausbildungs- und Trainingszentren sowie Aufstiegsmög-

lichkeiten. Eine Novellierung des Polizeigesetzes sollte nicht nur zusätzliche Befugnisse bringen, sondern auch den Alltag der Polizei praktisch verbessern.

GdP: Was ist mit dem Personalaufwuchs?

Sebastian Walter: Ich halte diese Debatte für Wahlkampfgetöse. Wir reden über 8.500 bis 9.000 Polizeistellen, aber wichtiger ist es, die vorhandenen Stellen zu besetzen und die Abbrecherquote zu senken. Wenn alle über mehr Stellen reden, wo sind dann die Anwärterwohnheime, wo die modernen Polizeiwachen?

Es geht nicht nur ums Geld, sondern auch um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Warum gibt es bei der Polizei nicht längst Homeoffice-Optionen, wie in anderen Bereichen? Warum werden Überstunden nicht zentral erfasst? Wir müssen den Polizeiberuf attraktiver gestalten und an das tatsächliche Leben anpassen. Wir müssen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern, angemessene Gehälter und Aufstiegsmöglichkeiten sicherstellen. Auch eine Diskussion über eine 30-Stunden-Woche ist notwendig, solange sie praktikabel ist. Die Arbeitswelt verändert sich und darauf muss auch die Polizei reagieren.

GdP: Bei der aktuellen Personaldecke ist das eine Herausforderung, der wir uns gern stellen, grundsätzlich gilt jedoch immer, die Polizei arbeitet 24/7.

Sebastian Walter: Genau darum geht es mir. Die moderne Arbeitswelt muss auch bei der Polizei Einzug halten. Das betrifft nicht nur Sabbaticals, sondern auch die Ausstattung. Wir brauchen vernünftige Autos, die sich auf die Ausrüstung anpassen lassen. Es kann nicht sein, dass die Polizeiwachen noch aussehen wie in den 1970er- oder 1980er-Jahren. Wir sind im 21. Jahrhundert, und das muss sich auch in der Ausstattung der Polizei widerspiegeln.

GdP: Wenn „Die Linke“ in Regierungsverantwortung käme, wie würde sie das Thema Investitionen angehen?

Sebastian Walter: Ohne Geld geht nichts. Wir müssen die Sicherheitskräfte stärken und spezifische Investitionen tätigen. Kein Polizist sollte privat Dinge für den Dienst kaufen müssen. Ich bin immer wieder fassungslos, wenn mir Kollegen erzählen, was sie alles so von ihrem ohnehin nicht so großen Gehalt alles privat bezahlen für ein bisschen mehr Sicherheit.

Wir brauchen den modernsten Stand der Technik für unsere Kolleginnen und Kollegen. Das kostet Geld und muss investiert werden. Dazu gehören auch Investitionen in die Gebäudeinfrastruktur und die Polizeifahrzeuge. Ein weiteres Thema ist der Digitalfunk. Wir müssen die Grundvoraussetzungen schaffen und uns fragen, was am dringendsten ist und wie wir das schnell lösen können.

GdP: Deine Partei hat uns als einzige beim Thema Veränderungen im Disziplinalgesetz unterstützt. Wie stehst Du zur Rehabilitation innerhalb der Organisation?

Sebastian Walter: Das verschärfte Disziplinalgesetz höhlt meiner Meinung nach das Berufsbeamtentum aus. Wir müssen darüber sprechen, wie wir den Rehabilitationsgedanken innerhalb der Polizei etablieren können, um Menschen, die Verfehlungen hatten, wieder in die Organisation zu integrieren. Hierbei muss auch die dienstliche Verfügung berücksichtigt werden. Wenn wir in einer Koalition sind, müssen wir dringend über das Disziplinalgesetz sprechen und sinnvolle Lösungen finden, um Demokratiefeinde aus dem Staatsapparat herauszuhalten. Die jetzigen Änderungen sind so auf jeden Fall nicht haltbar für uns.

Vielen Dank für den Austausch!



Landtagswahlen im Blick: GdP sucht den Dialog mit der Politik

AKTUELLES

Matthias Stefke – Innenpolitischer Sprecher BVB/Freie Wähler

Anita Kirsten



Fotos: Reaktion

Gewerkschaft der Polizei (GdP): Herr Stefke, vielen Dank, dass Sie sich die Zeit für dieses Interview nehmen. Bevor wir tiefer in die Themen einsteigen, interessiert uns Ihre persönliche Motivation, sich politisch zu engagieren.

Matthias Stefke: Ich bin seit meiner Jugend politisch interessiert und engagiert. Seit 20 Jahren bin ich in Brandenburg aktiv, zunächst als Gemeindevertreter in Blankenfelde-Mah-

low seit 2003 und seit 2014 auch als Kreistagsabgeordneter in Teltow-Fläming. Meine langjährige politische Aktivität hat mir gezeigt, dass nichts unveränderlich ist, sofern der politische Wille und die Mehrheiten dafür vorhanden sind. Dies treibt mich an, weiter aktiv zu bleiben. Besonders die aktuelle politische Entwicklung und die gesellschaftliche Spaltung sehe ich als Demokrat als Ansporn und Verpflichtung, mich zu engagieren und dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

GdP: Was sind Ihre politischen Schwerpunkte und welche Erfolge erhoffen Sie sich in den nächsten fünf Jahren?

Matthias Stefke: Wir haben ein starkes Kandidatenfeld und ein solides Wahlprogramm aufgestellt. Mit Zuversicht gehen wir in die bevorstehende Landtagswahl, um wieder in Fraktionsstärke in den Landtag einzuziehen und erstmals Regierungsverantwortung zu übernehmen. Unser Ziel ist es, mehr



Landtagswahlen im Blick: GdP sucht den Dialog mit der Politik

gesunden Menschenverstand in die Politik zu bringen. Ein zentraler Schwerpunkt von BVB/FREIE WÄHLER ist die Bürgerbeteiligung. Obwohl sie verfassungsrechtlich garantiert ist, findet sie in der Praxis nicht immer statt. Wir möchten sicherstellen, dass die Bürgerbeteiligung tatsächlich gelebt und umgesetzt wird.

GdP: Gesund und deswegen die Orange, oder?

Matthias Stefke: Genau, und wir haben das in unserem Corporate Design symbolisiert durch die Orange. Seitdem wir dieses im vergangenen Jahr im Sommer vorgestellt haben, werden wir immer wieder gefragt, was das soll. Die Orange steht auch für mehr Vitamin C statt B in der Politik.

GdP: Das wird ja spannend. In Bezug auf die Polizei als Gewerkschaft interessiert mich natürlich besonders: Wie stellen Sie sich eine zukunftsfähige Polizei im Land Brandenburg vor und welche Herausforderungen sehen Sie?

Matthias Stefke: Unsere Polizei benötigt für ihre vielfältigen und schweren tagtäglichen Aufgaben neben einer auskömmlichen Personal- und Sachausstattung vor allem den vollen Rückhalt aus dem politischen Raum und aus der übrigen Gesellschaft. Das heißt nicht, dass man die Polizei glorifiziert und alles, was sich dort abspielt, unkritisch begleitet. Selbstverständlich muss dort, wo es zu Fehlverhalten von Beamten im Rahmen der Dienstausübung kommt oder Einsätze daneben gehen, kritisch nachbetrachtet werden. Es muss transparent aufgeklärt und gegebenenfalls auch disziplinarrechtliche Konsequenzen gezogen werden. Aber zunächst gilt für uns als BVB/FREIE WÄHLER, dass wir zu unserer Polizei stehen. Sie ist ein wichtiger Eckpfeiler unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und wird gebraucht, um Verbrechen Gewalt aufzuklären und zu bekämpfen, aber eben auch unsere Demokratie zu schützen vor denjenigen, die nichts Gutes mit ihr vorhaben.

GdP: Wenn Sie von ausreichendem Personal sprechen, haben Sie konkrete Zahlen im Kopf?

Matthias Stefke: Ja, natürlich erwarten Sie von einem politischen Player eine konkrete Zahl. Wir haben uns intensiv Gedanken gemacht und möchten nicht in einen Überbietungswettbewerb mit anderen Parteien eintreten. Einige Regierungsparteien sprechen von einer Zielstärke von 9.000 Polizisten. Wir haben uns jedoch auf 8.700 Polizisten in einem ersten Schritt verständigt. Diese Zahl stellt bereits eine Steigerung im Vergleich zur aktuellen Situation dar. Wir haben die Kapazitäten der Polizeihochschule im Blick, sowohl was Ausbildung als auch Fortbildung und die Unterbringung von Polizeischülern betrifft. Es bringt nichts, hohe Zahlen zu propagieren, die nicht umsetzbar sind. Wir müssen sicherstellen, dass diese Zahl auch im Haushalt finanziell unteretzt wird. Wir sind nicht die „Allesversprecher“, nur um Zustimmung zu erhalten, sondern wir setzen auf Realisierbarkeit und der altersbedingte Abgang ist auch zu bedenken. Angesichts des aktuellen Nachtragshaushalts, den wir gerade beschlossen haben, wird es in der nächsten Legislaturperiode finanziell in allen Bereichen sehr eng. Daher wollen wir realistische und machbare Zahlen präsentieren. Ich hoffe, Sie stimmen mir zu, dass 8.700 eine realistische Zahl ist.

GdP: Es kommt darauf an, woran man die Zahl misst. Wenn wir die Kapazitäten der Hochschule betrachten, gebe ich Ihnen Recht, sie ist bereits an ihren Grenzen. Wir haben jedoch noch nicht einmal 8.500 Polizisten erreicht. Schaut man auf den tatsächlichen Bedarf, insbesondere im Bereich der sich verändernden Kriminalitätsphänomene, reicht diese Zahl möglicherweise nicht aus. Die Zahl 9.000 ist nicht aus der Luft gegriffen und könnte für die Bewältigung unserer Aufgaben immer noch zu niedrig sein.

Matthias Stefke: Es ist uns bewusst, dass sich die Kriminalitätsphänomene in Qualität und Quantität verändern. Unser Ziel ist es, die Polizeipräsenz flächendeckend zu verbessern und an die aktuellen Herausforderungen anzupassen. Daher werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, die Ausbildungskapazitäten zu erhöhen und die finanziellen Mittel bereitzustellen, um die Polizei angemessen zu stärken.

GdP: Herr Stefke, wie sehen Sie die aktuelle Situation der Polizeibesoldung in Brandenburg, insbesondere in Bezug auf die verfassungskonforme Besoldung?

Matthias Stefke: Verfassungsgemäße Besoldung ist ein wichtiges Thema. Wir stehen natürlich zur Verfassung und das gilt auch für die Besoldung der Polizei. Die aktuelle Haushaltssituation kann keine Ausrede sein. Wenn verfassungskonforme Besoldung vorgeschrieben ist, dann muss diese auch finanziell abgesichert werden.

GdP: Das derzeitige Besoldungsgesetz fokussiert sich bei Besoldungserhöhungen für die Verfassungskonformität ausschließlich auf Kinderbezüge. Was ist mit den Kolleginnen und Kollegen ohne Kinder oder diejenigen, die keine Fürsorgepflichten mehr haben?

Matthias Stefke: Jeder Beamte sollte sich darauf verlassen können, dass seine Besoldung verfassungskonform ist, genauso wie er verfassungstreu handeln muss. Der Grundsatz der Gleichbehandlung gemäß Art. 3 GG und auch der in der Landesverfassung ist für uns elementar.

GdP: Haben Sie Bedenken hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen, sollte ein Urteil zur rückwirkenden Besoldung der Beamten gefällt werden?

Matthias Stefke: Sollte ein solches Urteil zugunsten der Beamten ausfallen, wird dies erhebliche finanzielle Konsequenzen haben. Auch hierfür hat die Landesregierung im Nachtragshaushalt keine Vorsorge getroffen, sondern die Rücklage fast vollständig aufgebraucht. Ein Urteil könnte man jedoch nicht ignorieren, sondern muss es dann zu Lasten anderer Ausgabepositionen umsetzen, sprich finanzieren.

GdP: Welche politischen Schwerpunkte setzen Sie in Anbetracht der aktuellen gesellschaftlichen und politischen Lage in Brandenburg?

Matthias Stefke: Die aktuellen Krisen wie die Coronapandemie und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine haben das Sicherheitsgefühl der Menschen er-



Landtagswahlen im Blick: GdP sucht den Dialog mit der Politik

heblich beeinträchtigt. Preissteigerungen und wirtschaftliche Unsicherheiten belasten den Alltag zusätzlich. Parteien an den politischen Rändern nutzen diese Verunsicherung aus, um daraus politisches Kapital zu schlagen. Wir sehen uns als Kontrast zu diesen Angstmachern und wollen den Menschen Mut machen, ohne die bestehenden Probleme zu verharmlosen. Polarisierung und Dramatisierung schaden der Gesellschaft. Es braucht einen gesunden Mittelweg und gesunden Menschenverstand.

GdP: Wie begegnen Sie den Herausforderungen der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Lage?

Matthias Stefke: Wir müssen den Menschen wieder mehr Stabilität und Sicherheit im Alltag bieten. Dies erreichen wir durch eine realistische und verfassungskonforme Politik, die auf Vernunft und Fakten basiert. Es ist wichtig, den politischen Diskurs zu versachlichen und Extremismus entgegenzuwirken. Wir stehen für eine Politik der Entschlossenheit mit Augenmaß, der Zuversicht und des Mutes, um gemeinsam die Herausforderungen der Zukunft zu meistern.

GdP: Ist Ihrer Meinung nach die Polizei des Landes Brandenburg gut aufgestellt?

Matthias Stefke: Na ja, also ich sag mal, die Polizei darf aus unserer Sicht für die Herausforderungen der Gewaltverbrechensbekämpfung nicht schlechter aufgestellt sein als die Kriminellen, egal ob im öffentlichen oder im digitalen Raum, also im Internet. Dafür benötigen sie aus unserer Sicht die modernste Ausstattung – ob es sich um körperliche Schutzausrüstung, digitale Mobilfunkgeräte, modernste Computertechnik, Bodycams, Taser, Drohnen oder den Fuhrpark handelt. Um ein Beispiel zu bringen: Die Polizei kann Verbre-



chern im Porsche nicht in einem VW Polo nachjagen.

GdP: Gibt es besondere Investitionen, auf die wir ein besonderes Augenmerk legen müssen, um Effizienz und Effektivität zu stärken oder zu verbessern?

Matthias Stefke: Ich denke, die ganze Ausstattung und Ausrüstung ist ein Punkt, wo weiter investiert werden muss. Wir gehören nicht zu denen, die alles schlechtreden, was bisher passiert ist, aber wir dürfen uns nicht mit dem Ist-Zustand zufriedengeben, sondern müssen weiter vorangehen. Da geht es vor allem auch um die Arbeitsbedingungen. Auf dem Parlamentarischen Abend habe ich ein Bild gesehen, das zeigt, dass die aktuellen Arbeits- und Rahmenbedingungen unzureichend sind: Wasch- und Duschräume in desolaten Zuständen, Reviere und Inspektionen, die ausgebaut und saniert werden müssen. Ein Beispiel ist die seit Jahren geschlossene Kantine im Polizeipräsidium in Eiche, wo ewig lange gebaut wird oder auch nicht.

GdP: Sie sprachen vorhin auch das Polizeigesetz an. Im alten Koalitionsvertrag stand ja drin, dass es nicht angefasst wird. Durch Umwege konnte der Minister das Polizeigesetz doch noch anpassen. Jedoch nicht umfangreich verbessern.

Matthias Stefke: Wir können natürlich nicht die Augen vor den zunehmenden Herausforderungen verschließen, die es in der Gewalt- und Verbrechensbekämpfung gibt. Deswegen muss das Polizeigesetz auf den Prüfstand gestellt werden. Aber wir werden nicht alle Wünsche durchwinken, die vielleicht kommen, sondern immer die Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger abwägen, auch unter Berücksichtigung des Datenschutzes. Klar ist, Datenschutz darf nicht zum Täterschutz verkommen. Hier

müssen wir eine klare Grenze ziehen. Wir sind offen, über die Punkte, die zur Debatte stehen, zu reden.

GdP: Danke für das Stichwort „Gesetzgebungsverfahren“!

Matthias Stefke: Auch Quellen-TKÜ und weitere Maßnahmen gehören in diesen Kontext. Ein Punkt war für uns bspw. bei der Einführung der Bodycams nach der Pilotphase, dass es aus polizeitaktischer Sicht keinen Sinn macht, die Bodycams an bestimmten Stellen auszuschalten. Dies ist ein schwerwiegender Eingriff in Grundrechte, dessen sind wir uns bewusst, aber es ist wichtig, eine kluge Regelung im Polizeigesetz zu finden. Besonders unverständlich ist für mich, warum die Bodycam an der Wohnungstür ausgeschaltet werden soll. Die Bodycam schützt sowohl die Betroffenen in der Wohnung dahingehend, dass sie sicher sein können, dass mögliche weitere Übergriffe gefilmt werden, als auch die Beamten, die nachweisen können, was passiert ist. Es gibt genug Angriffe in Privatwohnungen



Landtagswahlen im Blick: GdP sucht den Dialog mit der Politik

auf Beamte, und wenn alles ruhig abläuft, kann die Aufnahme zeitnah gelöscht werden, wodurch auch dem Datenschutz Rechnung getragen wird.

GdP: Es gibt eine gewerkschaftliche Forderung nach einem Digitalfonds. Ein Digitalfonds ist notwendig, um den Polizeihaushalt nicht mit den gesamten Kosten für Digitalisierung und dessen notwendige Kosten zu belasten. Neubeschaffung, Infrastruktur und Updates der Endgeräte kosten immer Geld. Um dieses Geld vorrätig zu haben, fordern wir, es aus dem Polizeihaushalt herauszunehmen und einen unabhängigen Fonds zu haben. Dies wird in der Zukunft besonders wichtig sein, auch mit Blickrichtung auf KI, da dies alles sehr viel mehr Geld kosten wird, als momentan im Haushalt geplant ist.

Matthias Stefke: Es wäre an der Zeit, dass in der Amtsbezeichnung eines Ministeriums das Wort „Digitales“ vorkommt und dort ein besonderer Schwerpunkt gesetzt wird. In allen Bereichen unserer Gesellschaft sollte Digitalisierung mehr Aufmerksamkeit und haushalterische Unterstützung bekommen, da stimmen wir überein.

GdP: Das ist gut. Gesetzliche Rahmenbedingungen: Wir hatten es kurz angeschnitten mit dem Polizeigesetz, aber gibt es noch aus Ihrer Sicht Bedarf für Anpassungen oder Ergänzungen, gerade im Hinblick auf Sicherheitsanforderungen?

Matthias Stefke: Ja, da habe ich noch ein Thema mitgebracht: das Polizeistrukturreformgesetz, das auch schon 15 Jahre alt

ist. Ich habe es mir im Zusammenhang mit dem Thema mobile Wachen genauer angesehen. Hier gibt es, glaube ich, unterschiedliche Auffassungen zwischen Ihnen und BVB/FREIE WÄHLER. Ich würde das gern evaluieren, genau wie das Polizeigesetz.

GdP: Das klingt nach einem sinnvollen Ansatz. Anpassungen und Evaluierungen sind wichtig, um den aktuellen Sicherheitsanforderungen gerecht zu werden.

Matthias Stefke: Genau, es geht darum, die richtigen Schwerpunkte zu setzen und die gesetzlichen Rahmenbedingungen auch hinsichtlich der polizeilichen Standorte und deren Erreichbarkeit den aktuellen Herausforderungen anzupassen.

GdP: Herr Stefke, wie stellen Sie sich die zukünftige Polizeistruktur vor? Gibt es besondere Herausforderungen, die Sie sehen?

Matthias Stefke: Ein Ansatz sind aus unserer Sicht mobile Wachen. Diese bringen die Polizeipräsenz in Regionen, wo entweder Brennpunkte existieren oder die Abdeckung mit Dienststellen eher dürrtig ist. In Berlin hat sich dieses Konzept bewährt und die Bürger können täglich online sehen, wo die mobile Wache steht. Das möchten wir als Pilotprojekt auch in Brandenburg testen und nach einer gewissen Zeit evaluieren, ob es sich bewährt oder nur Kräfte bindet.

GdP: Wenn ich Sie richtig verstehe, ist das Ziel, die Polizeipräsenz in der Fläche zu erhöhen und das Sicherheitsgefühl der Bürger zu stärken?

Matthias Stefke: Genau, es geht darum, das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger zu stärken.

GdP: Wie stellen Sie sich die zukünftige Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, insbesondere mit der GdP, vor?

Matthias Stefke: Nach Ihrer Wahl habe ich gleich den Kontakt gesucht, aber es kam leider nicht zu einem Gespräch. Ich bin jederzeit für die GdP ansprechbar und offen für Ihre Anliegen. Ein regelmäßiger Austausch wäre mir sehr wichtig.

GdP: Welche gemeinsamen Ziele sehen Sie mit der GdP und wie können wir zusammenarbeiten?

Matthias Stefke: Die Polizei muss bestmöglich ausgestattet und personell stark aufgestellt sein. Wir sollten regelmäßig über notwendige Änderungen, zum Beispiel im Polizeigesetz, sprechen. Ein Jour fixe ein bis zweimal im Jahr wäre sinnvoll, um Probleme zu besprechen und Lösungen auf den parlamentarischen Weg zu bringen. Sollten BVB/FREIE WÄHLER Regierungsverantwortung übernehmen, wäre dieser Austausch umso wichtiger.

GdP: Dann wünsche ich Ihnen viel Erfolg für die kommenden Wahlen. Vielen Dank für das Interview.

Matthias Stefke: Danke Ihnen!

PVAG
Die Polizeiversicherung

DAS GEMEINSCHAFTSUNTERNEHMEN VON



Gewerkschaft
der Polizei

SIGNAL IDUNA



Landtagswahlen im Blick: GdP sucht den Dialog mit der Politik

AKTUELLES

Clemens Rostock – Arbeitspolitischer Sprecher Bündnis 90/Die Grünen

Anita Kirsten

GdP: Herr Rostock, vielen Dank, dass Sie sich für unser Interview zur Verfügung gestellt haben. Wir steigen gleich mit dem wichtigsten Thema für uns ein: Wie stellen Sie sich eine moderne Polizei vor und welche Vision haben Sie für die Zukunft der Polizeiarbeit, unabhängig von finanziellen Einschränkungen?

Clemens Rostock: Wir wollen eine gut ausgestattete Polizei, mit einer Personaldecke, die Überstunden überschaubar hält und ausreichend Zeit für Fortbildung, Supervision und Auswertung von belastenden Einsatzsituationen hat. Was eigentlich kein Thema sein sollte, aber leider eines ist: die Sanierung der maroden Dienststellen. Dazu kommt P20 – das ist derzeit in aller Munde und soll hoffentlich bis 2030 umgesetzt sein. Es geht darum, eine gut vernetzte Arbeit zu gewährleisten. Digitalisierung ist ein großes Thema. Es wäre ideal, wenn die Vorgangsbearbeitung nicht immer auf der Wache stattfinden müsste, sondern auch direkt vor Ort, etwa in den Fahrzeugen. Das spart Zeit und Ressourcen.

GdP: Digitalisierung ist ein wichtiges Thema. Können Sie das weiter ausführen?

Clemens Rostock: Natürlich. Ein weiteres Beispiel ist die Nutzung von Messengern*. Im Landtagsbetrieb nutzen wir verschiedene Lösungen und ich bin irritiert, dass die

* Anmerkung der Redaktion, das Interview wurde vor der Einführung des Messengers geführt.

Polizei noch keine einheitliche App etabliert hat. Das würde die Kommunikation enorm erleichtern. Zudem sollte die Polizei auch im Bereich Blackout-Fähigkeit besser vorbereitet sein. Auch wenn die Angst vor einem



Fotos: Redaktion

Blackout oft übertrieben scheint, wäre es beruhigend zu wissen, dass die Polizei auch in solchen Extremsituationen handlungsfähig bleibt. Generell braucht es unbedingt eine sichere, funktionierende IT-Infrastruktur für die tägliche Arbeit.

GdP: Welche weiteren Verbesserungen halten Sie für notwendig, um die Polizeiarbeit grundlegend zu verbessern?

Clemens Rostock: Die Polizeiarbeit könnte durch eine stärkere Einbindung in die Gemeinde/Kommune und durch präventive Maßnahmen erheblich verbessert werden. Mehr Präsenz vor Ort und eine intensi-

vere Zusammenarbeit mit sozialen Einrichtungen könnten dazu beitragen, Konflikte frühzeitig zu erkennen und zu entschärfen. Zudem halte ich es für wichtig, dass die Polizei Zugang zu moderner Ausrüstung und kontinuierlicher Weiterbildung hat, um den steigenden Anforderungen gerecht zu werden.

GdP: Die Frage des Blackouts wird nach dem aktuellen Verfassungsgerichtsurteil Brandenburg spannend. Das Thema war maßgeblich im Brandenburg-Paket enthalten, insbesondere wie wir in der Zukunft sicherstellen können, dass die Polizei krisenfest ist. Es geht darum, die Digitalisierung voranzutreiben, die sehr teuer ist, und gleichzeitig sicherzustellen, dass im Falle eines Blackouts mindestens die Polizei, die Rettungsdienste und der Katastrophenschutz funktionieren.

Clemens Rostock: Vielleicht tatsächlich auch ein paar Worte zum Urteil. Was allgemein rüberkommt,

wirkt vielleicht schlimmer, als es in Brandenburg war, besonders im Vergleich zur Bundesentscheidung damals. Die Notlage wurde akzeptiert und auch die Jährlichkeit war im Unterschied zur Bundesebene gegeben. Allerdings waren die einzelnen Maßnahmen, ihr jeweiliges Ausmaß und ihr jeweiliger Bezug zur Notlage nicht ausreichend begründet. Es stellt sich die grundsätzliche Frage zur Schuldenbremse. Wir müssen aufpassen, dass wir uns nicht zu sehr einschränken. Als Volkswirt sage ich, es ist richtig, eine Art Begrenzung zu haben. Aber die Rechnung darf nicht zu kurz sein und nur auf das aktuelle Finanzielle schauen, sondern auch, was sich in der Zukunft



Landtagswahlen im Blick: GdP sucht den Dialog mit der Politik

aufstaut und dadurch teurer wird. Es muss Möglichkeiten geben, die Rechnung auch anders aufzustellen, im Sinne von Nachhaltigkeit, sowohl finanziell als auch in anderen Bereichen.

GdP: Wir fordern als GdP einen vom Polizeibudget losgelösten Digitalisierungsfonds. Das bedeutet konkret, dass sämtliche Gelder für die Digitalisierung, wie Verträge für Messengerdienste und regelmäßigen Support, außerhalb des regulären Haushalts angesiedelt werden. Könnten Sie sich dieser Forderung anschließen oder sehen Sie das anders, dass es in den Polizeiaushalt selbst gehört und wir dafür selbst verantwortlich sind?

Clemens Rostock: Diese Diskussion führen wir gerade in vielen Bereichen, auch bei der Infrastruktur, wo große Herausforderungen bestehen. Es stellt sich die Frage, ob wir das über den normalen jährlichen strukturellen Haushalt machen oder etwas auslagern. Wir sind auf jeden Fall gesprächsbereit. Es gilt aber, dies auf bestimmte Themen einzugrenzen, die nicht in einen regulären Haushalt passen, vor allem nicht in eine jährliche Planung. Ein Vergleich dazu sind Schienenprojekte. Wenn wir jedes Jahr neu entscheiden müssen, ob wir den nächsten Schritt machen, kommen wir nicht voran. Bei der Digitalisierung der Polizei ist es wohl ähnlich.

GdP: Herr Rostock, die Personalsituation und Personalentwicklung sind zentrale Themen für die Zukunft der Polizei. Der aktuelle Stellenplan sieht 8.500 Polizeivollzugsbeamte vor, aber derzeit haben wir nur 8.100 im Dienst. Trotz dieser unbesetzten Stellen wird deutlich, dass 8.500 Beamte bei Weitem nicht ausreichen, um den gestiegenen Anforderungen und dem veränderten Kriminalitätsgeschehen gerecht zu werden. Einige Parteien haben bereits Zielzahlen formuliert, aber wie steht Ihre Partei dazu? Welche Vision haben Sie für die zukünftige Personalentwicklung der Polizei?

Clemens Rostock: Für uns bei Bündnis 90/ Die Grünen ist es wichtig, dass Polizisten in

der Fläche präsent und ansprechbar sind. Der menschliche Kontakt ist uns lieber als rein technische Maßnahmen, denn Polizisten sollten als Freund und Helfer wahrgenommen werden. Wir haben uns in der Koalition auf die aktuelle Zielzahl verständigt, allerdings muss betont werden, dass es nicht nur darum geht, Zielzahlen festzulegen, sondern auch Maßnahmen zu ergreifen, um die Lücke zwischen Ziel und Realität zu schließen.

GdP: Welche Maßnahmen sind das konkret?

Clemens Rostock: Ein Schritt in die richtige Richtung war der Bau des Wohnheims für Polizeianwärter, um die Attraktivität des Polizeiberufs zu erhöhen. Aber das alleine reicht nicht aus. Wir müssen kontinuierlich daran arbeiten, die Lücke zu schließen, da sich diese nicht von selbst schließt. Es stellt sich die Frage, ob wir zunächst die aktuelle Zielzahl erreichen sollten, bevor wir über eine Erhöhung nachdenken.

GdP: Das kann ich grundsätzlich nachvollziehen, erscheint mir jedoch wenig zufriedenstellend. Aber welche weiteren Investitionen halten Sie für notwendig?

Clemens Rostock: Es ist entscheidend, in die Menschen zu investieren, also in die Polizisten selbst. Das bedeutet bessere Arbeitsbedingungen, attraktive Karriereperspektiven und eine angemessene Bezahlung. Zudem sollten wir die Ausbildung verbessern und fortlaufende Fortbildungen anbieten, um den Beamten die notwendigen Fähigkeiten für die sich wandelnden Herausforderungen zu vermitteln.

Technische Ausstattung ist natürlich wichtig, aber sie kann den menschlichen Faktor nicht ersetzen. Die Präsenz und Ansprechbarkeit eines Polizisten vor Ort sind durch Technik nicht substituierbar. Daher plädieren wir dafür, den Fokus auf die Erhöhung des Personalbestands und die menschliche Komponente zu legen.

GdP: Welche langfristigen Ziele verfolgen Sie für die Polizei in Brandenburg?

Clemens Rostock: Langfristig wollen wir eine Polizei, die nicht nur zahlenmäßig ausreichend besetzt ist, sondern auch gut ausgebildet und motiviert. Wir setzen uns für eine nachhaltige Personalpolitik ein, die sowohl den aktuellen Bedarf deckt als auch zukünftige Herausforderungen im Blick hat. Wichtig ist uns dabei auch, die gesellschaftliche Akzeptanz und das Vertrauen in die Polizei zu stärken.

GdP: Unsere Hochschule ist derzeit für Einstellungsjahrgänge von 150 bis maximal 200 Personen ausgelegt, und das bei nur einem Einstellungskorridor pro Jahr. Mit den aktuellen Anforderungen und zwei Einstellungskorridoren pro Jahr platzt die Hochschule aus allen Nähten. Deshalb fordern wir, dass die Hochschule erweitert wird, um mehr Kapazitäten für Neueinstellungen zu schaffen. Der Standpunkt ist, mehr Menschen ins System zu holen, sonst haben wir weiterhin das Problem, dass der Abgang die Neueinstellungen übersteigt.

Clemens Rostock: Die Weiterbildung spielt dabei auch eine wichtige Rolle. Ein Ausbau der Kapazitäten ist dringend notwendig. Politiker verschiedener Parteien nutzen die aktuelle Situation leider oft, um andere Diskussionen anzustoßen, statt sich diesem wichtigen Thema zu widmen.

GdP: In unserer Gesellschaft müssen wir damit rechnen, dass Polizisten angegriffen werden. Es ist essenziell, dass sie gut auf solche Situationen vorbereitet sind, ähnlich wie Spitzensportler. Dies betrifft sowohl die Kommunikation als auch die körperliche Auseinandersetzung. In Brandenburg stehen wir vor der Herausforderung, dass wir weder die Zeit für ausreichend Training haben, da die Polizisten ständig im Einsatz sind, noch die notwendigen Örtlichkeiten vorhanden sind.

Clemens Rostock: Genau, gut vorbereitete Polizisten sind entscheidend. Sie bleiben ruhiger und professioneller, wenn sie wissen, wie sie in kritischen Situationen reagieren sollen. Training und Vorbereitung sind unerlässlich.



GdP: Ein weiteres Anliegen ist ein umfassendes Einsatz- und Trainingszentrum. Es sollte nicht nur ein Ort sein, an dem man innerhalb einer Räumlichkeit trainiert, sondern ein Zentrum, wo verschiedene Akteure wie Feuerwehr, Rettungsdienste, Polizei, Spezialeinheiten und Bereitschaftspolizei gemeinsam üben können.

Clemens Rostock: Ein solches Trainingszentrum würde die Zusammenarbeit und die Effizienz im Einsatzfall enorm verbessern. Es ist wichtig, dass alle Beteiligten regelmäßig und realitätsnah gemeinsam trainieren können.

GdP: Nur so können wir sicherstellen, dass unsere Polizisten optimal vorbereitet sind und im Ernstfall schnell und professionell reagieren können. Dies ist ein zentraler Punkt für die Zukunftsfähigkeit der Polizei in Brandenburg.

Clemens Rostock: Die Politik muss hier handeln und die notwendigen Ressourcen bereitstellen, um die Sicherheit und Professionalität unserer Polizeikräfte zu gewährleisten.

GdP: Genau. Es geht um die Zukunft unserer Polizei und die Sicherheit unserer Gesellschaft. Wir brauchen klare politische Entscheidungen und Investitionen, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden.

Herr Rostock, wie bewerten Sie die aktuellen gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Polizeiarbeit? Gibt es aus Ihrer Sicht Bedarf für Anpassungen oder Ergänzungen, insbesondere im Hinblick auf die aktuellen Sicherheitsanforderungen und die zunehmende Kriminalität im virtuellen Raum?

Clemens Rostock: Wir glauben, dass das derzeitige Polizeigesetz eine solide Grundlage bietet. Es stimmt, dass wir Bündnisgrünen manchmal als die Verhinderer wahrgenommen werden, weil wir in der Gesetzgebungsphase zur Vorsicht mahnen



und langsamer vorgehen. Allerdings zeigen wir uns immer wieder bereit, Veränderungen zu unterstützen, wenn wir davon überzeugt sind. Ein gutes Beispiel hierfür ist das Gesetzespaket zum Schutz vor häuslicher Gewalt, das wir aktiv unterstützt haben. Für die Zukunft steht einerseits die Aufgabe an, das sehr unübersichtlich gewordene Gesetz wieder besser verständlich zu machen – für Bürger und Beamte gleichermaßen. Wir wollen außerdem evaluieren, welche Befugnisse erfahrungsgemäß kaum Nutzen gebracht haben und wo es andererseits noch Bedarfe gibt. Gerade bei Onlinestraftaten muss die Handlungsfähigkeit sichergestellt sein – in erster Linie durch qualifiziertes Personal, aber eben auch durch Schärfung der Rechtsgrundlagen. So muss es zum Beispiel endlich möglich sein, dass eindeutig illegale Websites wie Darstellung von sexuellem Missbrauch oder auch Fake-Shops zügig vom Netz genommen werden.

GdP: Wie sinnvoll ist es Ihrer Meinung nach, das Polizeigesetz innerhalb einer Legislaturperiode nicht anzufassen?

Clemens Rostock: Es gab in den vergangenen Jahren bereits umfangreiche Änderungen am Polizeigesetz. Unser Ziel mit dem Koalitionsvertrag war es, Ruhe in die Ge-

setzgebung zu bringen. Die Zeit hat jedoch gezeigt, dass es nicht immer sinnvoll ist, das Gesetz nicht anzufassen. Wir haben verschiedenen Veränderungen zugestimmt, wenn sie notwendig waren.

GdP: Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft der Polizei in den letzten Jahren und was würden Sie sich für die Zukunft wünschen?

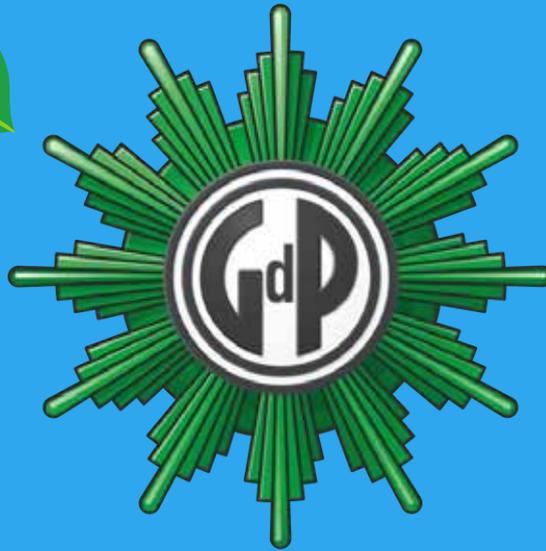
Clemens Rostock: Als Gewerkschafter – ich bin Mitglied in der IG Metall und im DGB-Kreisverband Oberhavel, wo auch die GdP vertreten ist – halte ich einen regelmäßigen Austausch für äußerst wichtig, unabhängig von konkreten Anlässen. Wenn man immer nur auf konkrete Vorfälle reagiert, besteht die Gefahr, dass man zu spät handelt und nicht proaktiv agiert. Ein kontinuierlicher Dialog ist daher ein gutes Ziel für die Zukunft.

niertlicher Dialog ist daher ein gutes Ziel für die Zukunft.

GdP: Wo sehen Sie gemeinsame Ziele, die die GdP und Bündnis 90/Die Grünen in den nächsten Jahren angehen könnten?

Clemens Rostock: Wir setzen uns natürlich beide für das Gemeinwesen und die Demokratie ein. In arbeitspolitischen Fragen liegen wir oft auf einer Linie, etwa beim Personalvertretungsgesetz, wo wir gut zusammengearbeitet haben. Es gibt natürlich auch Differenzen, etwa beim Polizeigesetz, aber diese können wir professionell handhaben. Besonders einig sind wir uns bei den arbeitspolitischen Fragen, bei denen der Mensch im Vordergrund steht – gute Arbeitsbedingungen, gute Ausrüstung und der Einsatz für das Gemeinwesen und die Demokratie. Bei anderen Themen müssen wir möglicherweise intensiver diskutieren, aber ich bin zuversichtlich, dass wir auch diese Herausforderungen meistern werden.

GdP: Das klingt nach einer soliden Grundlage für die Zukunft. Vielen Dank für das geführte Interview.



**Eintritt
frei**

**Livemusik
Grillbuffet
Softis**

SOMMERFEST

EXKLUSIV FÜR MITGLIEDER & FAMILY



**21. September 2024
ab 16 Uhr**

IM FELIX AM HINZENBERG

Am Hinzenberg 1, 14467 Potsdam



**Begrenzte Teilnehmerzahl
Anmeldung per QR-Code oder Mail an
veranstaltungen-gdpbrandenburg@gdp.de**